

Praxisstudie

Policy Brief

Reformvorschläge für eine moderne,
inklusive Demokratie mit mehr Beteiligung
und Repräsentation in Basel

Abschliessende Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen an Politik und
Verwaltung aus den Projekten des Demokratie Labor Basel

Jan Fivaz, Annique Lombard und Daniel Schwarz
Juni 2025

Inhalt

1	Das Demokratie Labor Basel in Kürze	3
2	«Fuzzy Voting»: Skalenbasiertes Abstimmen	5
3	«Ranked Choice»-Wahlverfahren: Eine gute Alternative für Majorzwahlen	6
4	Partizipative Demokratieansätze	8
5	Stimmungsbarometer «Liquid Feedback»	11
6	«Smartask»-Plattform und Politik-Speeddating	12

1 Das Demokratie Labor Basel in Kürze

Unter dem Dach des Demokratie Labor Basel wurden in den Jahren 2022 bis 2025 [sieben Projekte durchgeführt](#), die sich auf verschiedenen Ebenen und mittels unterschiedlicher Herangehensweisen der Frage widmeten, welche Ansätze sich für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen unserer Demokratie eignen könnten.

Die Projekte umfassten konkrete Reformvorschläge für eine moderne, inklusive Demokratie mit mehr Beteiligung und besserer Repräsentation der politischen Präferenzen der Bürger:innen in vier Bereichen:

1. Formelle Wahl- und Abstimmungsverfahren
2. Informationsstand der Bürger:innen in der direkten Demokratie
3. Einbezug der Bürger:innen in die politischen Entscheidungen
4. Feedback-Kanäle für Bürger:innen an die Politiker:innen

Der innovative Gehalt des Demokratie Labor Basel bestand darin, dass im November 2022 aus 40'000 zufällig ausgewählten Einwohner:innen des Kantons Basel-Stadt ein Basis-Sample von rund 2'800 Personen gebildet wurde. Dabei handelte es sich um Personen ab 16 Jahren, die sich grundsätzlich (aber nicht verpflichtend) bereit erklärt haben, an einzelnen Projekten teilzunehmen. Das Demokratie Labor Basel bildete so einen Rahmen, der auf den direkten Einbezug interessierter Bürger:innen angelegt war. Diese Personen konnten verschiedene Demokratie-Innovationen in einem realitätsnahen Umfeld testen und ihre Bewertungen und Verbesserungsvorschläge dazu abgeben. Bei den meisten Projekten des Demokratie Labor Basel bildeten die Rückmeldungen der Testpersonen die wichtigste Grundlage für die Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen.

Das übergeordnete Ziel des Demokratie Labor Basel bestand darin, aus den Partizipationsprojekten eine evidenzbasierte Wissens- und Entscheidungsgrundlage für Verantwortliche in der Politik und der Verwaltung zu erstellen. Zudem sollte durch die begleitende Kommunikation eine öffentliche Diskussion über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit von Demokratiereformen angeregt werden. Während sich bereits heute feststellen lässt, dass die durchgeführten Projekte ihre Zielsetzungen grösstenteils erreichen konnten, wird es in Bezug auf die Gesamtzielsetzung erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand möglich sein, den Einfluss auf die Politik zu beurteilen. Die Schlussfolgerungen, die zu den einzelnen Projekten gezogen werden konnten, sind in den nachfolgenden Kapiteln dieses Dokuments zusammenfassend dargelegt.

Während der dreijährigen Laufzeit war eine gewisse Zurückhaltung von lokalen Medien und politischen Akteuren gegenüber dem Thema Demokratiereformen zu beobachten. Das Interesse an einer Teilnahme vonseiten der politischen Akteure hing oft von der Präsenz der Medien und der Öffentlichkeit ab, während die Medien ihrerseits der Thematik kein allzu grosses Gewicht beimassen. Eine Auswahl der Erkenntnisse aus dem Demokratie Labor Basel wurde im Mai 2025 mit interessierten Basler Politiker:innen diskutiert. Auch wenn die Bestrebungen des Projekts sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen und die Notwendigkeit von demokratischen Reformen nicht von vornherein negiert wurden, waren dennoch Widerstände gegenüber den konkret vorgeschlagenen Veränderungen zu spüren. Befürchtet wurde einerseits eine Abwertung bestehender Institutionen und Akteure (wie z.B. Parlament und Parteien), andererseits, dass Anpassungen ungewisse Effekte nach sich ziehen können, sodass man lieber die bekannten Nachteile der bestehenden Lösung in Kauf nimmt.

Die recht hohe Anzahl der Bürger:innen, die sich für die Teilnahme am Demokratie Labor Basel interessiert haben, ist zwar erfreulich, sollte aber nicht dazu verleiten, das Bedürfnis der Bevölkerung an zusätzlichen Partizipationsmöglichkeiten zu überschätzen. Vor allem gilt es zu beachten, dass Demokratiereformen nicht dazu führen, dass neue Beteiligungsformate hauptsächlich von Gruppen genutzt werden, die sich schon heute stark beteiligen und deren Interessen in der Politik daher bereits gut vertreten sind. Das Ziel sollte es sein, auch neue, weniger aktive Bürger:innen zu erreichen und zur Teilnahme zu motivieren.

In den folgenden Kapiteln werden die aus den Projekten des Demokratie Labor Basel gewonnenen Erkenntnisse und Empfehlungen in kondensierter Form präsentiert. Für eine vertiefte Beschäftigung mit den einzelnen Themen finden sich am Ende jedes Kapitels die entsprechenden Links auf weiterführende Informationen. Diese finden sich ebenfalls auf der Projekt-Website www.demokratielabor.ch.

Das Demokratie Labor Basel wurde über die gesamte Projektdauer massgeblich finanziert von der Stiftung Mercator Schweiz und der Raiffeisen Jubiläumsstiftung. Die Durchführung der Citizen Assembly (Bürger:innen-Versammlung) im Frühjahr 2024 wurde zudem von der Christoph Merian Stiftung finanziell unterstützt. Durchgeführt wurde das Projekt anfänglich unter dem Dach von Smart Regio Basel, ab dem Jahr 2024 dann vom eigens dafür gegründeten Verein Demokratie Labor Basel. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte während der gesamten Projektdauer durch das Institut Public Sector Transformation der Berner Fachhochschule Wirtschaft.

2 «Fuzzy Voting»: Skalenbasiertes Abstimmen hat positive Effekte, benötigt aber weitere Testläufe

2.1 Um was geht es?

- Bei Volksabstimmungen sollen Stimmberechtigte nicht nur «Ja» oder «Nein» sagen, sondern auch angeben können, in welchem Ausmass sie mit einer Vorlage einverstanden bzw. unzufrieden sind. Dazu geben die Stimmbürger:innen ihre Zustimmung auf einer Skala von 0 bis 100% an.
- Dadurch sollen nicht bestimmte Ergebnisse herbeigeführt oder verhindert werden, sondern es geht allein um eine präzisere Ausdrucksmöglichkeit und somit um ein besseres Abbild der tatsächlichen Präferenzen der Stimmbürger:innen.
- Im Rahmen einer kantonalen Abstimmung im November 2022 wurde eine einfache Form des skalenbasierten Abstimmungsverfahrens mit Teilnehmenden des Online-Samples getestet.
- Wie beurteilen die Befragten das Fuzzy-Abstimmungsverfahren? Und lassen sich Aussagen über mögliche Veränderungen bezüglich des Abstimmungsergebnisses machen?

2.2 Erkenntnisse des Fuzzy-Voting-Experiments

- Das Abstimmungsergebnis hätte durch das Fuzzy-Voting-Verfahren keine Veränderung erfahren.
- Personen, die mit der Demokratie weniger zufrieden sind oder die eine höhere Unentschlossenheit vor Abstimmungen aufweisen, werden durch Fuzzy Voting zusätzlich zur Teilnahme an der Abstimmung motiviert. Dies geht einher mit der Erkenntnis, dass Stimmberechtigte, die vor Abstimmungen häufig unentschlossen sind, das heutige Verfahren als eher ungenügend erachten.
- Insgesamt fällt die Bewertung des Fuzzy-Voting-Verfahrens gemischt aus: Eine Mehrheit findet, dass dadurch die politische Position besser abgebildet wird. Hingegen wird das skalenbasierte Verfahren ebenso dafür kritisiert, dass es das Abstimmen komplizierter mache und die Stimmberechtigten überfordern könnte.

2.3 Handlungsempfehlungen

- **Weitere Testläufe nötig:** Fuzzy Voting ist auf der Ebene formeller Volksentscheide noch nicht unmittelbar für einen praktischen Einsatz bereit. Es bleiben Fragen bezüglich der konkreten Ausgestaltung beispielsweise der Usability, insbesondere auch auf analogen Stimmzetteln offen, die entscheidenden Einfluss auf die Akzeptanz in der Bevölkerung haben könnten.
- **Tests im Rahmen informeller Partizipation:** Niederschwellige Einsätze auf der Ebene von Mitwirkungsverfahren beziehungsweise projektbezogenen Bürger:innen-Versammlungen sind für weitere Testläufe besonders geeignet. Unter solchen Rahmenbedingungen können auch erweiterte Fuzzy-Verfahren (Bewertung von alternativen Lösungen) integriert werden.
- Im Rahmen weiterer Tests bietet sich eine **wissenschaftliche Begleitung auch unter Beizug von UX-Design-Expert:innen** an, um Fragen der Nutzung und der Akzeptanz in der Bevölkerung zu klären.

Mehr zum Thema:

- [Schlussbericht zum skalenbasierten Abstimmen](#)
- [Steigert «Fuzzy Voting» die Demokratiezufriedenheit?](#) (Fachbeitrag in SocietyByte)

3 «Ranked Choice»-Wahlverfahren: Eine gute Alternative für Majorzwahlen

3.1 Um was geht es?

- Bei Majorzwahlen wie beispielsweise beim Regierungsrat oder Ständerat hat das heutige Wahlverfahren nachteilige Auswirkungen, wie eingeschränkte Kandidatenauswahl, Zwang zu strategischen Wahlentscheidungen, aufwändige zweite Wahlgänge, etc. Das Resultat bildet darum den Wählerwillen nicht immer korrekt ab.
- Mit dem Rangfolge-Verfahren (engl. Ranked Choice Voting RCV), das international seit Jahrzehnten häufig eingesetzt wird, können diese vermieden werden.
- Das Prinzip ist einfach: Die Stimmberechtigten bringen die Kandidierenden auf dem Wahlzettel in eine Rangreihenfolge. Das Auszählungsverfahren garantiert, dass gleichentags das definitive Wahlresultat feststeht und die Präferenzen der Stimmberechtigten optimal abgebildet werden.
- Bei den Ständeratswahlen 2023 und Regierungsratswahlen 2024 wurde das neue Wahlverfahren mit Teilnehmenden des Online-Samples getestet.
- Wie beurteilen die Befragten das Ranked-Choice-Verfahren? Und lassen sich Aussagen über Veränderungen bezüglich des Wahlresultats machen?

3.2 Erkenntnisse der Ranked-Choice-Voting-Experimente

- Beide Testläufe konnten die Vorteile des Ranked-Choice-Verfahrens untermauern. Bei den Regierungsratswahlen wurde im Vergleich zur Majorzwahl kein zweiter Wahlgang notwendig. Gleichzeitig wäre die politische Zusammensetzung der Regierung recht ähnlich ausgefallen. Das neue Verfahren führt somit nicht zu ungewohnten Wahlresultaten.
- Bewertung durch die Testgruppe: Durch das neue Verfahren können die eigenen Präferenzen besser eingebracht werden. Wähler:innen, die nur selten wählen gehen oder oft unentschlossen sind, wem sie ihre Stimme geben sollten, bewerteten das neue Verfahren besonders positiv.
- Als negative Punkte wurden vor allem die Komplexität bzw. die Befürchtung einer Überforderung der Wähler:innen genannt.

3.3 Handlungsempfehlungen

- Basierend auf den positiven Resultaten der beiden Experimente empfehlen wir, dass Politik und Verwaltung bei Majorzwahlen einen Wechsel hin zum Ranked-Choice-Verfahren weiterverfolgen sollen.
- Im Rahmen nächster Schritte sind insbesondere folgende Aspekte vertieft zu prüfen:
 - Gestaltung des Wahlzettels: In Zusammenarbeit mit Expert:innen für Design ist abzuklären, wie der Wahlzettel für das Eintragen der Rangfolge der Kandidierenden idealerweise zu gestalten ist, damit der Systemwechsel für alle Bevölkerungsgruppen so einfach und intuitiv wie möglich wird.
 - Kommunikation: Eine allfällige Umstellung des Wahlsystems muss sorgfältig und inklusiv von einer Informationskampagne begleitet werden, die den neuen Wahlzettel anschaulich erklärt.
 - Verwaltungstechnische Abläufe: Veränderungen beim Ablauf der Stimmenauszählung bedingen Anpassungen der ganzen Wahlorganisation, die mehreren Testläufen unterzogen werden sollte.
 - Auswahl des Auszählungsverfahrens: Im Rahmen des Ranked-Choice-Verfahrens können unterschiedliche Auszählungsmethoden zum Einsatz kommen, deren Resultate entweder eher in Richtung Majorz- oder in Richtung Proporzwahlrecht tendieren. Getestet wurde mittels eines sequenziellen Verfahrens, das im Ergebnis dem Majorzwahlrecht nahekommt. Andere Methoden sind ebenfalls denkbar und entsprechend zu prüfen.

- Wissenschaftliche Begleitung: Auch wenn das Ranked-Choice-Verfahren bezüglich Akzeptanz in den Studien des Demokratie Labor Basel gut abgeschnitten hat, bietet es sich an, das neue Verfahren mit oder nach Einführung wissenschaftlich zu evaluieren, um das Potenzial für Optimierungen des Verfahrens abzuschätzen und um die tatsächliche Wirkung des neuen Verfahrens seitens der Kandidierenden und der Stimmberechtigten zu messen.

Mehr zum Thema:

- [Projektseite](#) mit allen Berichten
- [Informationsseite FairVote.org](#) (in Englisch) zu Ranked Choice Voting

4 Partizipative Demokratieansätze: Gute Erfahrungen mit «Panel Citoyen» und «Citizen Assembly»

4.1 Um was geht es?

- Ansätze der partizipativen Demokratie möchten die Bürger:innen verstärkt direkt in politische Prozesse und Entscheidungen jenseits von Wahlen und Volksabstimmungen einbeziehen. Diese Ansätze verstehen sich als Ergänzung und nicht als Ersatz der bereits bestehenden Möglichkeiten, um sich politisch einzubringen.
- Im Rahmen des Demokratie Labor Basel wurden folgende drei Ansätze und Formate untersucht, die im Ausland bereits angewendet worden sind:
 - **«Panel Citoyen»:** Bürger:innen erstellen im Vorfeld einer Volksabstimmung eine zusätzliche Entscheidungshilfe in Form eines «Bürger:innen-Briefs». Dieser enthält ein Pro- und Contra-Argumentarium und wird vor der Abstimmung Stimmberechtigten zur Verfügung gestellt.
 - **«Citizen Assembly»:** Eine Gruppe von Bürger:innen entwickelten Ideen und Lösungsansätze zu einem zuvor bestimmten Politikbereich oder einem konkreten anstehenden Projekt. Im Rahmen des Demokratie Labor wurde als Thema die «Zukunft der Demokratie» gewählt.
 - **«Citizen Council»:** Die Einführung eines ständigen Bürger:innen-Rates als Ergänzung zum Grossen Rat, quasi als zweite Parlamentskammer, dessen Mitglieder werden nicht gewählt, sondern anhand eines Los-Verfahrens aus der Bevölkerung ausgewählt.
 - Während das «Panel Citoyen» und die «Citizen Assembly» in Experimenten real angewandt und evaluiert worden sind, wurde die Studie zum «Citizen Council» als reine Literaturstudie durchgeführt.

4.2 Erkenntnisse aus den drei Experimenten

«Panel Citoyen»

- Es hat sich gezeigt, dass eine Gruppe von 15 Bürger:innen auch in einem im Vergleich zum Originalkonzept aus den USA verkürzten und vereinfachten Verfahren in der Lage sind einen politisch ausgewogenen und qualitativ guten «Bürger:innen-Brief» zu verfassen.
- Die Bürger:innen zeigten dabei einen hohen Grad an Verantwortungsbewusstsein, politischer Neutralität (z.B. Pro- und Contra-Argumente wurden unabhängig von der eigenen Einstellung zum vorliegenden Abstimmungsthema gleich gut berücksichtigt und diskutiert) und eine sehr gute Diskussionskultur. Allen war es wichtig, den übrigen Stimmberechtigten eine faire und ausgewogene Sammlung an Pro- und Contra-Argumenten zur Verfügung zu stellen.
- In der anschliessenden Evaluation durch die Teilnehmenden des Demokratie Labor-Samples schnitt der «Bürger:innen-Brief» bezüglich Verständlichkeit, Gestaltung, Umfang, Qualität und politischer Neutralität sehr gut ab.
- Dem «Bürger:innen-Brief» wurde ein sehr hohes Vertrauen entgegengebracht. Nur den offiziellen Abstimmungsinformationen des Bundes wurde mehr vertraut.
- 62% der Stimmberechtigten haben das Dokument konsultiert. Allerdings hat nur ein Drittel angegeben, etwas Neues daraus gelernt zu haben. Dennoch würden 70% die Einführung dieses Instruments als zusätzliche Informationsquelle begrüßen.
- Effekte auf die Abstimmungsteilnahme oder sogar die Abstimmungsentscheidung konnten nicht festgestellt werden.

«Citizen Assembly»

- Auch hier zeigte sich ein hohes Engagement der Teilnehmenden sowie eine gute Qualität sowohl in den Diskussionen als auch bei den Ergebnissen. Geschätzt wurde insbesondere, dass am ersten Sitzungstag externe Experten hinzugezogen worden sind, die eine Einführung in die Thematik gegeben haben.

- Eher kritische/negative Erkenntnisse (dies gilt auch für das «Panel Citoyen»): 1) Eine begrenzte Bereitschaft der Bürger:innen sich auch bei ausgebauten Partizipationsanlässen zu engagieren. Zwei bis drei Tage wurden als Maximum genannt. 2) Unausgeglichene Teilnahmebereitschaft. Generell waren Bürger:innen die politisch eher rechts stehen deutlich weniger bereit an einem solchen Anlass teilzunehmen als in der Mitte oder links positionierte Bürger:innen. Zudem war es auch schwieriger jüngere Personen zu einer Teilnahme zu bewegen.

«Citizen Council:»

- Ständige Bürger:innen-Räte kommen bislang nur sehr selten zur Anwendung. Wenn dann vor allem als «zweite Kammer» in grösseren Städten oder speziellen regionalen Parlamenten (z.B. in Ostbelgien).
- In der Ausgestaltung ihrer Kompetenzen unterscheiden sich die jeweiligen Bürger:innen-Räte deutlich. Einige verfügen über konkrete Entscheidungsbefugnisse, während andere eher als beratende Kommissionen fungieren.

4.3 Handlungsempfehlungen

«Panel Citoyen»

- Auf Grund der sehr positiven Ergebnisse der Evaluation kann die Einführung eines «Panel Citoyens» für Abstimmungen grundsätzlich empfohlen werden.
- Allerdings sollte das Instrument in erster Linie bei kantonalen Abstimmungen zum Einsatz kommen, da davon auszugehen ist, dass bei diesen der Wert zusätzlicher Informationen grösser ausfällt als bei nationalen Abstimmungen.
- Bezüglich der Form der Durchführung kann auf das vom Demokratie Labor verwendete vereinfachte und kostengünstigere Verfahren mit 1-2 Sitzungstagen zurückgegriffen werden. Zu prüfen wäre auch noch, inwiefern einzelne Schritte (z.B. eine erste Sammlung von möglichen Pro- und Contra-Argumenten) auch online durchgeführt werden könnten.
- Auch wäre es sinnvoll das Instrument sowohl in der Einführung und Detailausgestaltung als auch während eines Testbetriebs über einen längeren Zeitraum (z. B. zwei Jahre) wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren.

«Citizen Assembly»

- Auch die Einführung eines themen- oder projektbezogenen Bürger:innen-Rats wird empfohlen. Mögliche Themen wären z.B. die Umnutzungspläne eines Industrieareals, die Ausgestaltung eines Quartiers oder soziale Themen wie ein verbesserter gesellschaftlicher Einbezug der älteren Generationen. Dabei sollte der Bürger:innen-Rat in einer möglichst frühzeitig einbezogen werden.
- Wichtig ist, dass zu Beginn klar definiert wird, welche Verbindlichkeit die Entscheide eines Bürger:innen-Rates haben werden. Für eine reine Feedbackgruppe ist der anfallende Aufwand zu gross. Daher sollte eine gewisse Verbindlichkeit garantiert werden. Möglich sind dabei sehr unterschiedliche Lösungen von der Pflicht zur Stellungnahme von Regierungsrat und/oder Parlament, über eine Art Vorschlagsrecht bei dem danach Parlament oder gar das Volk endgültig entscheiden bis hin zu einem direkten Mitsprache- und Entscheidungsrecht.
- Wiederum sollte die Durchführung in einer vereinfachten Form erfolgen und ebenfalls sollte auch bei diesem Instrument geprüft werden, ob einzelne Prozessschritte online durchgeführt werden könnten. Eine neutrale Moderation sowie der Einbezug von Experten:innen ist ebenfalls angezeigt.
- Zentral ist schliesslich, dass der Prozess der Rekrutierung des Bürger:innen-Rates in zwei Stufen erfolgt:
 - 1) Die Zustellung eines Einladungsbriefes an eine nach Zufallsprinzip ausgewählte grosse

Gruppe von Bürger:innen (4'000-10'000).

2) Aus denjenigen, die grundsätzlich an einer Teilnahme interessiert sind (ca. 2-5%) sollten basierend auf statistischen Verfahren eine repräsentative Gruppe (z.B. nach Geschlecht, Alter, politischer Orientierung) ausgewählt werden.

- Ausländische Bürger:innen sowie Jugendliche ab 16 Jahren sollten grundsätzlich zur Teilnahme an den Bürger:panels zugelassen werden (dies gilt auch für das «Panel Citoyen»).

«Citizen Council»:

- Eine Einführung eines ständigen Bürger:innen-Rates wird nicht empfohlen. Der Mehrwert fällt im Vergleich zu den anfallenden beachtlichen Kosten (notwendige Anpassung der Kantonsverfassung sowie der gesetzlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit des gewählten Parlaments mit dem Bürger:innen-Rat) zu gering aus. Dieses Format könnte eher für kleinere Gemeinden, die bislang über kein Parlament verfügen, interessant sein.

Mehr zum Thema:

- [Projektseite](#) zum Projekt «Panel Citoyen» inkl. Schlussbericht
- [Projektseite](#) zum Projekt «Citizen Assembly» inkl. Schlussbericht
- [Projektseite](#) zum Projekt «Citizen Council» inkl. Schlussbericht

5 Stimmungsbarometer «Liquid Feedback»: Pulsmessung bei der Bevölkerung mit smartvote-Daten

5.1 Um was geht es?

- Die von den Nutzenden der Online-Wahlhilfe «smartvote» eingegebenen Profildaten werden zusammen mit den freiwilligen persönlichen Angaben (Jahrgang, Geschlecht Bildungsstand und präferierte Partei) anonym gespeichert.
- Das Projekt versuchte herauszufinden, ob sich anhand der persönlichen und politischen Profile der Nutzer:innen nach Anwendung von einfachen Bereinigungs- und Gewichtungsverfahren ein annähernd repräsentatives Abbild der politischen Stimmung der Basler Bevölkerung berechnen lässt.
- Das Vorhaben wurde anhand der smartvote-Daten der Grossratswahl 2024 im Kanton Basel-Stadt getestet.

5.2 Erkenntnisse aus der Datenanalyse

- Aus den bereinigten sowie nach Alter, Geschlecht und Parteiorientierung auf die Basler Stimmbevölkerung gewichteten smartvote-Profildaten konnte kein hinreichend genaues politisches Stimmungsbild ermittelt werden.
- Als Vergleichspunkte für die Beurteilung der Ergebnisse dienten die Basler Resultate von drei eidgenössischen und zwei kantonalen Volksabstimmungen, die im Lauf des Jahres 2024 stattgefunden haben und zu denen im smartvote-Fragebogen eine entsprechende Frage vorhanden war.
- Einfache Datengewichtungsverfahren reichen im vorliegend untersuchten Fall nicht aus, um ein repräsentatives Bild der Basler Stimmberechtigten zu zeichnen.

5.3 Handlungsempfehlungen

- Die Thematik bedarf weiterer Untersuchungen auf wissenschaftlicher Ebene. Dies betrifft einerseits die verwendeten Gewichtungsverfahren, andererseits die Verbreiterung der Datenbasis durch den Beizug weiterer Wahlen (insbesondere Nationalratswahlen).

Mehr zum Thema:

- [Projektseite](#) inkl. Schlussbericht

6 «Smartask»-Plattform und Politik-Speeddating

6.1 Um was geht es?

- Der Dialog zwischen Bevölkerung und Politik ist für eine funktionierende Demokratie von zentraler Bedeutung. Er fördert Bürgernähe, stärkt das Vertrauen in die politischen Institutionen und erlaubt es einerseits den Bürger:innen ihre Anliegen anzubringen sowie andererseits der Politik sich ein Bild von den Sorgen und Wünschen der Bevölkerung zu verschaffen.
- Die Projekte «Smartask» und «Politik-Speeddating» zielten darauf ab, im Vorfeld der Wahlen vom Herbst 2024 jeweils einen zusätzlichen Kanal für den Austausch zwischen Politik und Bürger:innen zur Verfügung zu stellen: «Smartask» online und das «Politik-Speed» als Präsenz Anlass.
- «Smartask» ist eine Online-Dialog-Plattform zwischen Bürger:innen und Politikern:innen. Fragen, Antworten und allfällige Kommentare sind öffentlich einsehbar. Beim «Politik-Speeddating» konnten sich Bürger:innen jeweils für wenige Minuten mit Politiker:innen zusammensetzen und diskutieren. Die Inhalte dieser Gespräche waren nicht öffentlich.

6.2 Erkenntnisse

- Bei beiden Projekten stimmte die Qualität. Die Diskussionen online wie auch beim physischen Anlass waren inhaltsorientiert und respektvoll. Dies lag vermutlich auch an der Registrierungspflicht mit Klarnamen, die allerdings nur dem Moderationsteam bekannt waren.
- Ungenügend – vor allem beim «Politik-Speeddating»-Anlass im kHaus – war die Anzahl der Bürger:innen, die diese neuen Dialogformen nutzten. Es ist zu beachten, dass die Teilnehmenden des Demokratie Labor Testsamples politisch überdurchschnittlich interessierte Personen sind.
- Das Feedback bei beiden Projekten war sehr positiv – von Bürger:innen und von Politiker:innen.
- Es konnte aufgezeigt werden, dass die «Smartask»-Plattform grundsätzlich gut funktioniert und einen Mehrwert schafft. Noch offen geblieben ist jedoch, inwiefern sie auch bzgl. zeitlichem Aufwand für viele Politiker:innen – insbesondere Milizpolitiker:innen – vertretbar ist.

6.3 Handlungsempfehlungen

- Der Testlauf hat gezeigt, dass beide Dialogformen grundsätzlich funktionieren. Daher und auch mit Blick auf die sehr positiven Rückmeldungen wird die Durchführung eines längerem Testlaufs (mind. 2 Jahre) einer «Smartask»-Online-Plattform sowie von 1-2 jährlich physisch durchgeführten Anlässen analog dem «Politik-Speeddating» empfohlen.
- Ein Testbetrieb bedarf jedoch der finanziellen und organisatorischen Unterstützung (z.B. bei der Kommunikation) der Behörden (Staatskanzlei, Parlamentsdienste). Zudem müssen sich auch zumindest die grösseren Parteien bereit erklären, bei einem solchen Projekt aktiv teilzunehmen.
- Der Betrieb der Plattform selbst sowie die konkrete Durchführung der Anlässe müsste von einer oder mehreren politisch neutralen Organisationen aus der Zivilgesellschaft getragen werden.
- Im Hinblick auf einen längerfristigen Testbetrieb ausserhalb des geschützten Rahmens des Demokratie Labors müssten die organisatorischen Details noch genauer ausgearbeitet werden (bspw. wie sich der zeitliche Aufwand für die teilnehmenden Politiker:innen reduzieren lässt oder wie mögliche Missbräuche verhindert werden können). Zudem müsste auch eine breite und langfristig angelegte Kommunikation mit der Bevölkerung eingeplant werden.
- Schliesslich sollte der Testbetrieb wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, so dass nach dessen Ablauf umfassende Entscheidungsgrundlagen zuhanden der Politik vorliegen, wenn über eine definitive Einführung dieser Dialogformen entschieden wird.

Mehr zum Thema:

- [Projektseite](#) inkl. allen Schlussberichten